

# **Irritierende Aussagen des neuen BdV-Präsidenten**

**Rudi Pawelka – Landesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien NRW**

In einem Interview im Westdeutschen Rundfunk (WDR 5) am 09.11.2014 machte Präsident Fabritius mit einigen Aussagen auf sich aufmerksam, die nicht unkommentiert bleiben dürfen.

## **Erweiterung des Personen- und Aufgabenkreises.**

Es gehe heute nicht mehr nur um die ersten Vertriebenen der Jahre 1945/46, sondern auch um die Landsleute, die erst in den letzten Jahren zu uns gekommen sind, um die Kinder und Enkel und um die Menschen, die gar nicht vertrieben wurden und noch in den Herkunftsgebieten leben. Um diese Gruppen wolle er sich kümmern, auch die Integration fördern. Sicher ist dies richtig, jedoch fragt man sich, ob Fabritius das Rad neu erfinden will. Ist ihm entgangen, dass die Verbände dies schon seit Jahrzehnten tun?

## **Erinnerungskultur verankern nur solange die Erlebnisgeneration noch da ist.**

Nach Fabritius ist es irgendwann an der Zeit, den BdV auch vom Namen her anzupassen, dies sei aber noch nicht spruchreif. Es sei heute „noch Aufgabe des BdV und wird es bleiben, solange die Erlebnisgeneration noch da ist, das Schicksal der Vertreibung in der deutschen Erinnerungskultur zu verankern.“ Warum soll dies nicht auch Aufgabe künftiger Generationen sein? Wie soll eine Namensänderung aussehen? Auch wenn man den Namen einer sich verändernden Mitgliedschaft öffnen muss, kann aber nicht darauf verzichtet werden, auch künftig das Wort Vertreibung beizubehalten, damit immer sichtbar bleibt, welches Geschehen der Verbandsgründung zugrunde lag.

## **Vertriebene aus Ländern des Ostens ausgewandert?**

Im Zuge des Interviews stellte der neue Präsident klar, dass es ihm ein besonderes Anliegen ist, „in einen Dialog der Länder einzutreten, aus denen wir ausgewandert sind, mit den Verbänden der Deutschen, die von dort gekommen sind und heute mehrheitlich in Deutschland leben. Heimatpolitische Inhalte können am besten die Personen vertreten, die davon betroffen sind.“ Er trete ein für einen Dialog ohne Vorbehalte und Ressentiments. Nun könnte Fabritius vielleicht von einer Auswanderung sprechen, wenn er dies auf seine Person bezieht. Er ist 1984 aus Siebenbürgen/Rumänien nach Deutschland gekommen. Wenn er meint, seine Übersiedlung sei freiwillig und ohne Zwang erfolgt, so mag er dies für sich sagen. Generell wird den Aussiedlern aber von Gesetzes wegen der Vertriebenenstatus zuerkannt, weil man von einem Vertreibungsdruck ausgeht. Nach 1990 wird dieser Vertreibungsdruck allerdings nur für Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion angenommen. Obwohl er an anderen Stellen auch von Vertreibung spricht, ist der Begriff „ausgewandert“ ein schwerer sprachlicher und inhaltlicher Missgriff, der nicht mit sprachlicher Unachtsamkeit oder mit unsensiblen Umgang mit der deutschen Sprache entschuldigt werden kann. Er offenbart eher mangelnde Vertrautheit mit unserem Schicksal. „Auswanderung“ bedeutet eine freiwillige Übersiedlung in ein anderes Land, was weder für die Vertriebenen noch auf die Aussiedler zutrifft.

## **Polen als Land mit einer hervorragenden Minderheitenpolitik?**

Fabritius bescheinigte Polen eine „hervorragende Minderheitenpolitik, die vielleicht an dem einen oder anderen Punkt verbesserungswürdig ist.“ Was soll diese schlimme Schönfärberei? Weiß er nicht, dass der Europarat Polen vor drei Jahren scharf gerügt hat wegen gravierender Verletzungen der europäischen Sprachencharta? Weiß er auch nicht,

dass Polen die Rüge des Europarates weitgehend ignoriert hat? Rafał Bartek, Direktor des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Gleiwitz/Oppeln, bestätigte diese Tatsache gerade auf einer Landestagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU in Düsseldorf. Der deutschen Öffentlichkeit sollte deshalb keine heile Welt vorggaukelt werden, dies hilft nicht, sondern schadet den Betroffenen.

### **Fragwürdige Aussagen auch in der Vergangenheit.**

Erst vor einigen Wochen mussten wir zur Kenntnis nehmen, wie Fabritius den Beschluss der Bundesregierung lobte, den Gedenktag für die Vertreibung mit dem Weltflüchtlingstag am 20. Juni zusammenzulegen, im Gegensatz zu den beiden CDU-Landtagsabgeordneten in NRW und Sprecher der CDU für Vertriebene, Aussiedler sowie deutsche Minderheiten, Werner Jostmeier und Heiko Hendricks, die von einer Enttäuschung sprachen. Für sie wäre es für den Anlass angemessener gewesen, einen Gedenktag nach dem Vorbild der Länder Bayern, Hessen und Sachsen einzurichten, bei dem die eigene deutsche Geschichte im Vordergrund steht. Die vorgenannten Bundesländer haben den zweiten Sonntag im September als Gedenktag beschlossen.

Fabritius gehört auch zu den sechs Vertretern des BdV im Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“, die der Konzeption für die Dauerausstellung in Berlin zugestimmt haben. Wir wissen, dass dort der Begriff „Vertreibung“ für die Vorgänge nach dem 02.08.1945 (Beschlüsse des Potsdamer Protokolls) durch „Zwangsaussiedlung“ ersetzt wurde, dass nur noch von 0,6 Mio. statt von 2,2 Mio. Vertreibungstoten die Rede ist, dass hunderttausende deutsche Tote, darunter viele Kinder, in polnischen oder sowjetischen Zwangsarbeiterlagern, unterschlagen werden. Weitere Verzerrungen und falsche Geschichtsdarstellungen, die ebenfalls die Opfer beleidigen, ließen sich anfügen.

Es ist verständlich, wenn man bei der Übernahme eines neuen Amtes nicht gleich die brisantesten Reizthemen zur Sprache bringt. Falsche Aussagen verbieten sich aber in jedem Fall.

19. November 2014